

# LAND TAGS KURIER



Forum Mitteleuropa  
beim Sächsischen Landtag



Seite 8:  
Parlament befragt Ministerpräsident Kretschmer zu aktuellen Themen



Seite 15:  
Ehrung für besondere Verdienste: Verfassungsmedaillen verliehen



Seite 18:  
Forum Mitteleuropa tagt in Prag und beschäftigt sich mit Energiepolitik

Ausgabe  
4.23



Sächsischer Landtag



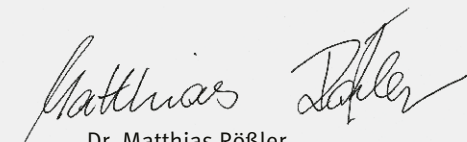
Foto: S. Giersch

Verehrte Leserinnen und Leser,

wie sichern wir in Mitteleuropa unsere Energieversorgung? Wie bleiben unsere Industrieländer wettbewerbsfähig? Und wie erhalten wir im Angesicht immer neuer Krisen den kleinen Wohlstand, den sich die Menschen hier in den vergangenen drei Jahrzehnten erarbeitet haben? Um diese und weitere Fragen ging es bei der Konferenz des Forums Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag am 23. Mai in Prag. Für mich ist dabei klar: Gute Energiepolitik muss stets Sicherheit, Bezahlbarkeit und Umweltschutz vereinen. Sie sollte nie Selbstzweck sein oder die eigene Wettbewerbsfähigkeit aufs Spiel setzen. Und schon gar nicht darf sie die Menschen mit realitätsfernen Beschlüssen bevormunden. Verantwortliche Politik bedenkt das zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger. Sie stellt sich den Herausforderungen für den Lebensstandard und die Bürgergesellschaft. Sie schürt aber auch keine Ängste, sondern findet vielmehr im demokratischen Verfahren praktikable Lösungen – im Kleinen wie im Großen. Denn wie bedeutsam bei all diesen Fragen nicht zuletzt das gemeinsame Dach des vereinten Europas ist, wie wichtig friedliche und fruchtbare Beziehungen zwischen Nachbarländern sind, das habe ich in den Gesprächen und Diskussionen des Forums Mitteleuropa 2023 gemerkt.

Die neue Ausgabe des Landtagskuriers gibt Ihnen darüber hinaus einen guten Überblick über die aktuellen Themen in unserem Lande und wie diese im Sächsischen Landtag von den Fraktionen bewertet werden. Es geht um Wohnungspolitik und Mieten, um Schulbildung, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk und um die Bürgerbeteiligung im Freistaat Sachsen. Aber auch ein so wichtiges Gedenkjubiläum wie der 70. Jahrestag des Volksaufstandes in der DDR fand Eingang in die parlamentarischen Debatten. Die damaligen Ziele der Demonstranten, Freiheit und Demokratie, sind heute tagtäglich unser Verfassungsauftrag. Umso mehr habe ich mich gefreut, auch in diesem Jahr wieder Frauen und Männer aus Sachsen, die sich um die demokratischen Werte der Sächsischen Verfassung verdient gemacht haben, mit der Verfassungsmedaille auszuzeichnen.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre.

  
Dr. Matthias Rößler  
Präsident des Sächsischen Landtags

## PLENUM

71. Sitzung des Sächsischen Landtags <b>Wunsch nach stärkerer Regulierung</b> Sozialer Wohnungsbau kommt in Sachsen kaum voran .....	4
<b>Hintergrundinformationen zum sozialen Wohnungsbau in Sachsen</b> .....	6
71. Sitzung des Sächsischen Landtags <b>Das Wissen der vielen</b> Landtag debattiert über Stärken und Schwächen von direkter Demokratie .....	7
72. Sitzung des Sächsischen Landtags <b>»Anreize für Neues liefern, statt Dinge unmöglich machen«</b> Ministerpräsident beantwortet Fragen im Landtag .....	8
72. Sitzung des Sächsischen Landtags <b>Schule soll neue Wege gehen</b> Staatsregierung hofft auf neue Impulse für die schulische Bildung .....	10
72. Sitzung des Sächsischen Landtags <b>Kampf um Demokratie und Freiheit</b> Der 17. Juni 1953 als Tag des Erinnerns und Mahnens .....	11
72. Sitzung des Sächsischen Landtags <b>Vorwurf fehlender Ausgewogenheit</b> Kritik am Modell des öffentlich-rechtlichen Rundfunks von der AfD-Fraktion .....	12

## PARLAMENT

<b>Auf kein einziges Talent verzichten</b> Berufliche Bildung fördern und stärken .....	13
<b>Laufende Gesetzgebung</b> .....	14

## AKTUELLES

<b>»Eine Verfassung soll den Menschen dienen«</b> Landtagspräsident ehrt freiheitlich-demokratische Verdienste .....	16
--	----

## EUROPA

<b>Mitteuropäische Stabilität in Zeiten des Umbruchs</b> Konferenz diskutiert über wirtschaftliche und gesellschaftliche Herausforderungen .....	18
---	----

## EIN TAG MIT ...

<b>»Der Mann fürs Grobe«</b> Ein Tag mit Ronald Pohle, Vorsitzender des Ausschusses für Inneres und Sport .....	20
---	----

## GESCHICHTE

<b>»Nur der sächsische Landtag ist legitimiert, die Regierung abzuberufen«</b> Vor 100 Jahren wird der Landtag vom Militär besetzt .....	22
---	----

## SERVICE

<b>Weitere Informationen des Sächsischen Landtags</b> .....	24
---	----

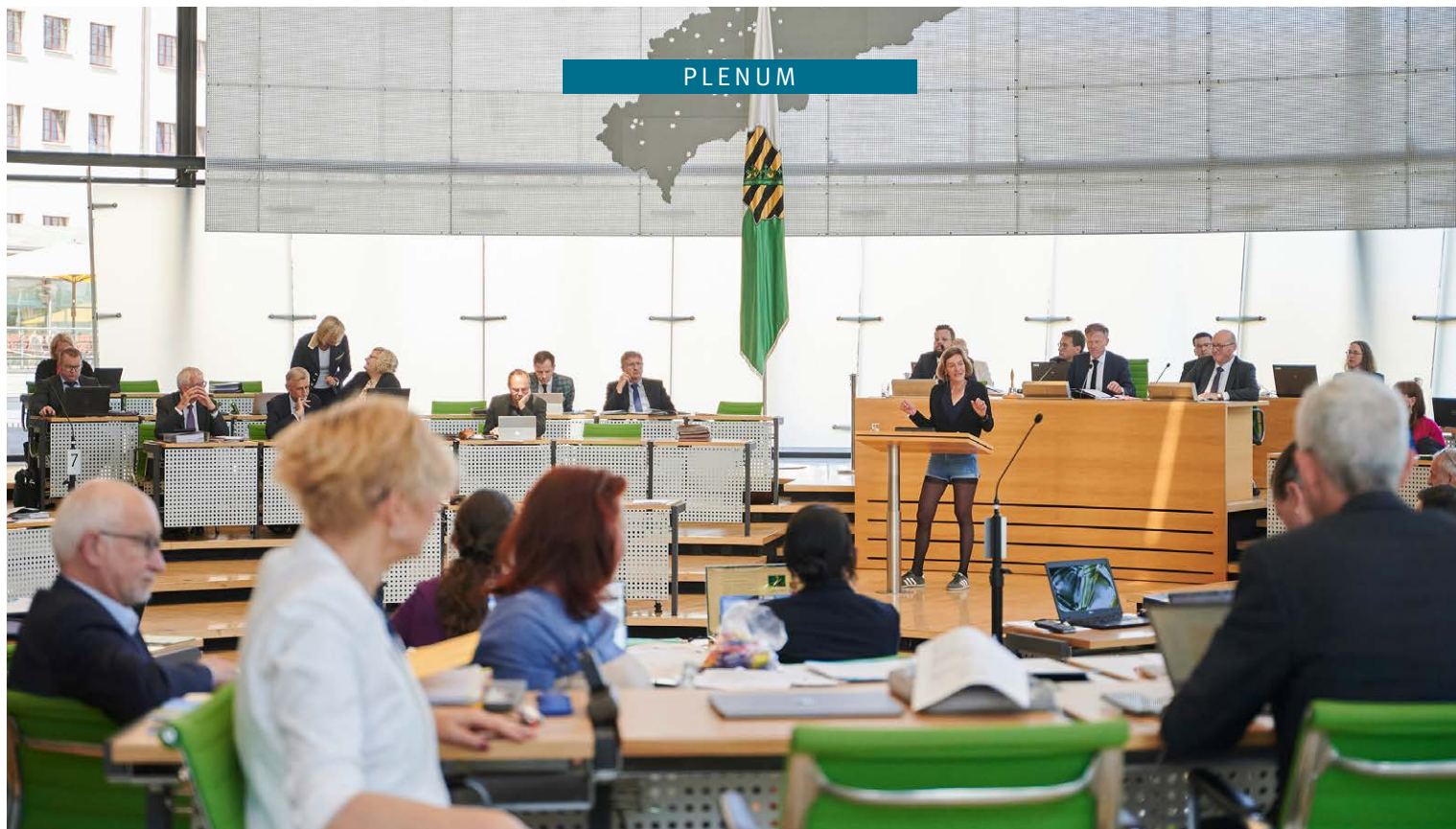
// Titel: Podiumsdiskussion auf dem vom Sächsischen Landtag organisierten Forum Mitteleuropa in Prag am 23. Mai 2023 // Foto: T. Schlorke



# Bezahlbarer Wohnraum, politische Beteiligung, öffentlich-rechtlicher Rundfunk

Foto: S. Floss

// In der Sitzung des Sächsischen Landtags am 31. Mai 2023 debattierte das Parlament unter anderem über die Wohnsituation in Sachsen sowie Möglichkeiten für mehr Bürgerbeteiligung. Am Tag darauf, dem 1. Juni 2023, stand die Befragung von Ministerpräsident Michael Kretschmer auf der Tagesordnung. Außerdem ging es in der Aktuellen Stunde um die Zukunft der schulischen Bildung, den 17. Juni als Gedenktag sowie den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. //



// Oliver Fritzsche

// Thomas Thumm

// Juliane Nagel

// Thomas Löser

// Albrecht Pallas

71. Sitzung des Sächsischen Landtags

Dr. Daniel Thieme

# Wunsch nach stärkerer Regulierung

Sozialer Wohnungsbau kommt in Sachsen kaum voran

// In der ersten Aktuellen Debatte der 71. Sitzung befasste sich der Sächsische Landtag mit dem Antrag der Fraktion DIE LINKE zum Thema »Mehr Staat in der Wohnungspolitik wagen: Bezahlbaren Wohnraum schaffen, Mietpreise wirksam bremsen, Wohnungslosigkeit bekämpfen!«. Weitere Informationen bietet der Hintergrund auf Seite 6. //

## DIE LINKE: Nur langsames Vorankommen

Für die Fraktion DIE LINKE eröffnete die Debatte Juliane Nagel. Sie zitierte eine aktuelle Umfrage, nach der sich die Menschen

in Sachsen mehr staatliches Handeln in der Wohnungspolitik wünschen. Besonders groß sei demnach der Wunsch nach einer Regulierung der Mieten sowie einer stärkeren Wohnraumförderung. Die Staatsregierung wolle hingegen nichts von

gestaltender und engagierter Wohnungspolitik wissen. So habe sie beispielsweise nur mit erheblicher Verzögerung eine Mietpreislösung für Dresden und Leipzig eingeführt. Einer wohnungssuchenden, alleinerziehenden Familie in Leipzig oder einem Niedriglohnbeschäftigten in Dresden sei dies nur schwer vermittelbar. Der Bau von Sozialwohnungen komme in Sachsen ebenfalls nur schleppend voran. Seit 2017 seien es 1262 gebaute Sozialwohnungen, gerechnet bis Jahresende 2022. Der Bedarf indes belaufe sich auf ein Vielfaches mehr.

## CDU: Ländlichen Raum mitdenken

Oliver Fritzsche, CDU, wies zunächst darauf hin, dass Regulierungen am Wohnungsmarkt immer schwierig zu rechtfertigen seien. Darüber hinaus dürfe man in Sachsen nicht nur die Ballungsgebiete in den Blick nehmen, sondern müsse auch den ländlichen Raum mitdenken. Dort gehe es hauptsächlich um Sanierungen oder das generationengerechte Wohnen. Berücksichtigt werden müssten auch die Veränderungen, die der demografische Wandel mit sich bringe. Im

Umkreis großer Städte sei noch Leerstand vorhanden, der ertüchtigt und dem Markt zur Verfügung gestellt werden könne. Aufgrund der aktuellen Baukosten sei es gegenwärtig kaum machbar, eine erhaltungssichernde Rendite zu erwirtschaften. Auch könnten unter den gegebenen Bedingungen die Baukosten nicht so weit gefördert werden, wie es für eine sozialverträgliche Miete nötig sei.

### AfD: Staatliche Wohnungsbauengesellschaft überflüssig

DIE LINKE fordere eine staatliche Wohnungsbauengesellschaft, griff Thomas Thumm, AfD, die einbringende Fraktion an. Dies sei für ihn nichts anderes als die Enteignung privater Investoren. Nach den unabänderlichen Gesetzmäßigkeiten der Ökonomie bestimmten Angebot und Nachfrage den Wert einer Sache. Staatlich regulierte Mieten bedeuteten daher einen Investitionsstau und führten schlussendlich zur teilweisen Nichtbewohnbarkeit des Wohnungsbestandes. Wie unnötig

eine staatliche Wohnungsbauengesellschaft sei, zeige das Beispiel Bayern. Dort habe die landeseigene BayernHeim von avisierten 10 000 Wohnungen lediglich 682 bauen können. Die eigentlichen Probleme beim Wohnungsbau lägen an ganz anderer Stelle, beispielsweise bei den gestiegenen Baupreisen aufgrund der CO<sub>2</sub>-Steuer oder der deutlich erhöhten sächsischen Grunderwerbssteuer. Auch die ungebremste Zuwanderung setze den Wohnungsmarkt gehörig unter Druck.

### BÜNDNISGRÜNE: Vorkaufsrecht der Kommunen hilfreich

Thomas Löser, BÜNDNISGRÜNE, stellte die Maßnahmen heraus, die seine Partei in der Koalition mit auf den Weg gebracht habe. So sei, wenn auch etwas verspätet, die Mietpreisbremse für Leipzig und Dresden eingeführt worden. Die Staatsregierung habe ebenso die Fördersätze für den mietpreisgebundenen Wohnraum in Sachsen von 3,80 auf 4,80 Euro pro Quadratmeter angehoben. Für seine



Fotos: S. Floss

Partei stelle der soziale Wohnungsbau weiterhin ein zentrales Element der Wohnungspolitik dar. Der Schlüssel zum günstigen Bauen liege unter anderem im Grund und Boden. An dieser Stelle müssten politische Steuermöglichkeiten stärker ansetzen. Ein Vorkaufsrecht für Kommunen sei dabei ein wesentlicher Baustein. Im ländlichen Raum helfe das neu geschaffene Beratungsnetzwerk DEZENTRALE dabei, Kleinstgenossenschaften, Umnutzer und Baugemeinschaften zu beraten und zu unterstützen.

Auf die drastisch gestiegenen Baupreise müsse man reagieren und die Förderinstrumente anpassen. Es müsse das Ziel sein, den sozialen Wohnungsbau möglichst an allen Wohnungsmärkten auf hohem Niveau fortzusetzen.

### Staatsregierung: Ausgleich zwischen Regulierung und Freiheit finden

Der Minister für Regionalentwicklung, Thomas Schmidt, CDU, bekräftigte seine Haltung zu Eingriffen in den Wohnungsmarkt. Wichtig sei für ihn: so viel Staat wie nötig und so wenig Staat wie möglich. Dafür gelte es auch in diesem Bereich Maß und Mitte zu finden. Die Wohnungspolitik müsse sich an Fakten orientieren und differenzierte Konzepte entwickeln, sowohl für die Ballungszentren als auch darüber hinaus. So befänden sich im Umkreis von Dresden 10 000 leerstehende Wohnungen. Für die Vermieter sei dies ein großes Problem. Die Staatsregierung fördere deshalb nicht nur Neubauten, sondern auch Modernisierungen. Sein Ministerium unterstütze insbesondere auch junge Familien bei der Schaffung von Wohneigentum, sagte Schmidt. Mit der neuen Sächsischen Bauordnung habe sich einiges vereinfacht. Dazu zählten unter anderem die Typengenehmigung sowie die kleine Bauvorlageberechtigung.

### SPD: Nicht am tatsächlichen Bedarf orientiert

Auf dem sächsischen und auch dem bundesweiten Wohnungsmarkt erlebe man seit Längerem ein Marktversagen allererster Güte, hob Albrecht Pallas, SPD, an. Gerade in Dresden und Leipzig sei zwar in den letzten Jahren viel gebaut worden, ohne die soziale Wohnraumförderung würden aber fast ausschließlich Wohnungen im höherpreisigen Segment entstehen. Dies gehe deutlich am Bedarf vorbei, denn immer noch bezögen ein Viertel der sächsischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einen Niedriglohn. Die Wohnbauförderung im Freistaat Sachsen habe in den vergangenen Jahren zu einem spürbaren Anstieg im Sozialwohnungsbau geführt.

»Wir schreiten ein mit regulatorischen Maßnahmen (...), aber wir brauchen auch Freiheit, wenn wir dieses Problem der Wohnungen am Ende lösen wollen.«

// Thomas Schmidt



71. Sitzung des Sächsischen Landtags

# Hintergrundinformationen zum sozialen Wohnungsbau in Sachsen

Foto: bluedesign / stock.adobe.com

// In Sachsen besteht ein hoher Bedarf an Sozialwohnungen. Besonders in den Großstädten mangelt es an staatlich gefördertem Wohnraum. Dort sind die Mieten in den vergangenen Jahren teilweise deutlich gestiegen. Im ländlichen Raum hingegen ist der Wohnungsleerstand ein Problem. //

## Was ist sozialer Wohnungsbau?

Der soziale Wohnungsbau ist eine staatlich geförderte Maßnahme, die darauf abzielt, Wohnraum für soziale Gruppen bereitzustellen, die aufgrund hoher Mieten ihren Wohnraumbedarf nicht auf dem regulären Wohnungsmarkt decken können. Zu diesen Gruppen zählen beispielsweise Geringverdiener oder Empfänger von Bürgergeld.

## Wie funktioniert das Prinzip?

Private Investoren, kommunale Unternehmen oder Genossenschaften stimmen zu, Sozialwohnungen zu errichten. Als Gegenleistung erhalten sie günstige Darlehen vom Staat.

Diese Darlehen ermöglichen es den Bauherren, die Wohnungen zu niedrigeren Kosten zu errichten. Im Gegenzug sind sie verpflichtet, den geschaffenen Wohnraum zu erschwinglichen Preisen anzubieten.

Die spezielle Zweckbindung läuft allerdings nach einer festgelegten Zeit aus. Dann können diese Wohnungen regulär auf dem freien Markt vermietet oder verkauft werden.

## Wie hoch ist der Bedarf in Sachsen?

Zum Ende des Jahres 2021 gab es im Freistaat insgesamt 12 083 Sozialwohnungen. Besonders in den Großstädten Dresden, Leipzig und Chemnitz übersteigt die Nachfrage das Angebot deutlich. Das Sächsische

Staatsministerium für Regionalentwicklung schätzt den zusätzlichen Bedarf allein bis zum Jahr 2025 auf ca. 12 000 Wohnungen. Demnach benötigt die Stadt Dresden etwa 10 000 weitere Sozialwohnungen, in Leipzig sind es gut 660 Wohnungen und in Chemnitz 1 200 Wohnungen.

Anders als in den Großstädten sind in den meisten ländlichen Gegenden günstige Wohnungen nach wie vor auch ohne staatliche Regelung erhältlich.

## Wie entwickeln sich die Durchschnittsmieten?

Der Bedarf an Sozialwohnungen hängt nicht zuletzt von den Durchschnittsmieten ab, die insbesondere in den Großstädten in den vergangenen Jahren kontinuierlich angestiegen sind. Allein zwischen 2012 und 2019 legten die Mieten in Leipzig um 36 Prozent und in Dresden um 21 Prozent zu, wie das Marktforschungsunter-

nehmen empirica ermittelt hat. In den beiden Städten ist auch die Zahl an leerstehenden Wohnungen vergleichsweise niedrig. Die Leerstandsquote lag im Jahr 2021 in Leipzig bei 2,5 Prozent und in Dresden bei 7 Prozent. Außerhalb dieser beiden Städte stehen in Sachsen deutlich mehr Wohnungen leer. In Chemnitz liegt die Quote bei über 13 Prozent.

## Wie wirken sich die aktuellen Preissteigerungen auf den sozialen Wohnungsbau aus?

Die immer stärker steigenden Preise für den Bau und die Kredite erschweren zunehmend die Realisierung von Sozialwohnungsprojekten. Dieser Trend wird sich nach Auskunft des Zentralen Immobilien Ausschuss voraussichtlich auch im kommenden Jahr fortsetzen.

\* Gutachten »Wohnungsmärkte in Sachsen« im Auftrag des Sächsischen Staatsministeriums des Innern im Jahr 2019.

# Das Wissen der vielen

Landtag debattiert über Stärken und Schwächen von direkter Demokratie

71. Sitzung des Sächsischen Landtags

// »Sachsen mitgestalten – Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern im Freistaat stärken und leben« lautete die zweite Aktuelle Debatte am 31. Mai 2023 im Sächsischen Landtag. Den Antrag hatten die BÜNDNISGRÜNEN eingebracht. Nach Daten des Sachsen-Monitors 2021/22 sind knapp 60 Prozent der Bevölkerung mit dem Funktionieren der Demokratie eher zufrieden oder sehr zufrieden. //

## Verschiedene Blickwinkel

Lucie Hammecke, BÜNDNISGRÜNE, lobte die Bürgerbeteiligung als Chance, um in der Politik zu besseren Entscheidungen zu gelangen. Vor allem bei konkreten Planungen sei das Wissen der vielen hilfreich. Es trage dazu bei, bestimmte Probleme aus anderen Blickwinkeln zu betrachten und Stimmen anzuhören, die sonst unberücksichtigt blieben. Eine stärkere Beteiligung der Bürger Sorge außerdem dafür, dass Konfliktlinien frühzeitig offengelegt würden.

Bürgerbeteiligung sei äußerst wichtig, doch die Idee von Bürger- oder Gesellschaftsräten überzeuge nur auf den ersten Blick, gab Susan Leithoff, CDU, zu bedenken. So seien komplexe Sachverhalte oft nicht für einfache Lösungen zugänglich, da sie ein hohes Maß an fachlicher Expertise voraussetzten. Es müsse ebenso gefragt werden, welchen Stellenwert ein solches Gremium letztlich habe, wenn es nur Empfehlungen aussprechen könne.

## Entscheidungen nah am Bürger

Seine Fraktion fordere schon seit Längerem den Ausbau plebiszitärer Elemente, sagte Alexander Wiesner, AfD. Dies entspreche ihrem Verständnis von Mitbestimmung und Volkssouveränität. So habe die AfD auf Landesebene in einem Gesetzentwurf gefordert, Referenden einzuführen und Quoren für Volksanträge abzusenken. Grundsätzlich setze sich seine Fraktion dafür ein, Entscheidungen nah am Bürger zu fällen und keinesfalls auf Institutionen, wie die EU, auszulagern.

Nach Ansicht von Antonia Mertsching, DIE LINKE, entspreche die Repräsentation in



// Lucie Hammecke // Fotos: S. Floss



// Susan Leithoff



// Katja Meier

den Parlamenten nicht dem Durchschnitt der Bevölkerung. Weder beim Alter, dem Geschlecht noch der sozialen Lebenssituation passe das zusammen. Manche Interessen könne man eben nur aus der eigenen Lebenswelt heraus richtig vertreten. Damit verhindere man einigen Unmut, beispielsweise, wenn Kinder gefragt würden, wie denn der Weg zu ihrer Schule aussehen solle und ob sie sich sicher fühlten.

## Kräftezehrende Diskussionen

Hanka Kliese, SPD, teile die Einschätzung ihrer Vorrednerin nicht, dass man sich nur für ein Thema einsetzen könne, wenn man persönlich betroffen sei. Dies bewiesen viele Abgeordnete in ihrer täglichen Arbeit, indem sie sich für die Belange von anderen einsetzten. Beteiligungsprozesse hätten das Problem, dass es viele Menschen zum Teil nicht mehr gewohnt seien, sich intensiv mit komplexen Sachverhalten zu beschäftigen. Es werde damit immer schwieriger, sie für zeitintensive Diskussionen zu gewinnen.

Die Staatsministerin der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung, Katja Meier, BÜNDNISGRÜNE, bekräftigte, dass die Bürgerinnen und Bürger den gewählten Abgeordneten vertrauten. Zugleich wünschten sie sich aber, dass ihre Empfehlungen stärker berücksichtigt würden. Demokratie sei kein Uhrwerk, das nur alle vier bis fünf Jahre aufgezogen werde, dann aber von allein laufe. Die Menschen sollten zum Mitreden und Mitentscheiden ermutigt werden. Dies fördere letztlich auch ihre Zufriedenheit mit der Demokratie.



72. Sitzung des Sächsischen Landtags

// Michael Kretschmer // Fotos: O. Killig

Dr. Daniel Thieme

# »Anreize für Neues liefern, statt Dinge unmöglich machen«

Ministerpräsident beantwortet Fragen im Landtag

// »Starke Wirtschaft – starker Freistaat. Für eine sichere und gute Zukunft unserer sächsischen Heimat« lautete das Thema, unter dem sich der Sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer am 1. Juni 2023 den Fragen des Parlaments stellte. Er wolle Sachsen zu einem Land machen, in dem Lösungen auf die Fragen der Zukunft gefunden würden. //

// Nico Brünler



## Innovationen fördern

In der laufenden Wahlperiode stand Ministerpräsident Michael Kretschmer zum wiederholten Mal den Abgeordneten des Sächsischen Landtags Rede und Antwort. Er sagte zu Beginn der Befragung, dass aktuell politische Entscheidungen getroffen werden müssten, die die Zukunft des Freistaates end

scheidend prägten. Zu den besonderen Herausforderungen gehöre es, Ökologie, Ökonomie und die sozialen Auswirkungen mit Augenmaß gemeinsam voranzubringen. Ein ökologischer Umbau dürfe die Wirtschaft nicht ihrer Stärke berauben, sondern müsse ihr nachhaltig neue Kraft geben. Dies geschehe, indem Innovationen gefördert sowie Forschung und Anwendung

miteinander vernetzt und zur Marktreife gebracht würden. So habe sich etwa Sachsen in der Mikroelektronik in ganz Europa einen Namen gemacht. Auch beim Thema der zukünftigen Mobilität würde im Freistaat geforscht. Die nächste Generation solle auch in Zukunft einen lebenswerten Planeten vorfinden und in Wohlstand leben können.





## Welche Maßnahmen braucht es für den Wandel?

*Die erste Frage kam von Jan Hippold, CDU. Er bezog sich auf die vom Ministerpräsidenten angesprochene Transformation der Wirtschaft. Hippold wolle wissen, was aus Kretschmers Sicht im Detail notwendig sei, um die sächsische Wirtschaft in der gegenwärtigen Phase zu stärken?*

Michael Kretschmer antwortete, dass vor allem marktwirtschaftliche Instrumente zum Wirken gebracht werden müssten. Dazu gehöre es, Anreize für Neues zu schaffen anstatt über das Ordnungsrecht in die Wirtschaft einzugreifen und damit Dinge unmöglich zu machen. Mit der Baugesetzgebung und dem Energiekompass habe die Sächsische Staatsregierung dafür gesorgt, dass erneuerbare Energien ausgebaut würden. Ihnen werde letztendlich eine große Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Sachsen zufallen.



## Warum wurde die Grunderwerbssteuer so stark angehoben?

*Frank Peschel, AfD, bemerkte, dass die Koalition die Grunderwerbsteuer im vergangenen Jahr von 3,5 Prozent auf 5,5 Prozent angehoben habe. Bezüglich der im Jahre 2019 reformierten Grundsteuer wollte er wissen, warum in Sachsen die entsprechende Messzahl für die Wirtschaft fast doppelt so hoch sei wie in vielen anderen Bundesländern.*

Aufgrund einer Gerichtsentscheidung sei es notwendig gewesen, die Grundsteuer auf eine neue, solide Basis zu setzen, sagte Kretschmer. Über Jahrzehnte habe der Freistaat die niedrigste Grunderwerbsteuer aller deutschen Bundesländer gehabt. Um jedoch besonders in den ländlichen Regionen die Lebens- und Wirtschaftsperspektiven zu stärken, habe sich die Koalition entschieden, die Grunderwerbsteuer zu erhöhen. Damit würde den Kommunen geholfen, ihre Zukunftsaufgaben zu stemmen.



## Konsequenzen aus dem Fall Blackstone?

*Nico Brünler, DIE LINKE, kam auf die Ansiedlung der Firma Blackstone in Döbeln zu sprechen. Das Unternehmen habe in Sachsen äußerst hohe Förderzusagen bekommen. Diese waren an Zusagen gebunden, wann die Produktion starten solle. Was habe der Ministerpräsident vorgefunden, als er sich das Werk angeschaut habe? Inwiefern werde im Kabinett diskutiert, dass sich solch ein Fall nicht wiederhole?*

Michael Kretschmer wies darauf hin, dass es in einem Bereich, in dem neue technologische Anwendungen gesucht würden, immer auch zu Rückschlägen kommen könne. Wenn stets nur jene Projekte unterstützt würden, die ohne Zweifel funktionierten, entstünde nichts Neues mehr. Man müsse grundsätzlich dafür sorgen, dass der Standort Deutschland auch in Zukunft von Investoren als wettbewerbsfähig angesehen werde.



## Standortvorteile für den Freistaat Sachsen?

*Auf den Inflation Reduction Act in den USA wies Gerhard Liebscher, BÜNDNISGRÜNE, hin. Dieser sei ein wirkungsvolles Instrument für eine Transformation hin zur klimaneutralen Wirtschaft. Kretschmer habe aber zuletzt gesagt, dass ein Industriestrompreis hierzulande nicht finanzierbar sei. Welche Standortvorteile sprächen in diesem Zusammenhang dennoch für den Freistaat?*

Ein Industriestrompreis sei kein Instrument, das Deutschland wettbewerbsfähiger machen werde, so der Ministerpräsident. Eine Preissenkung funktioniere nur über eine Angebotsausweitung oder eine Senkung der Steuern und Abgaben. Alles andere führe dazu, dass erneut Hunderte Milliarden Euro umgelegt werden müssten. Nicht jedes Problem dürfe durch zusätzliche Verschuldung auf Kosten der nächsten Generation beseitigt werden.

## Aktuelle Debatten als Video

Auf dem YouTube-Kanal des Sächsischen Landtags finden sich die Videos aller Aktuellen Debatten in voller Länge:  
[www.youtube.com/c/saechsischerlandtag0](http://www.youtube.com/c/saechsischerlandtag0)



## Was tut Sachsen bei erneuerbaren Energien?

*Die bisherige Befragung vermittelte den Eindruck, dass vor allem die Energiepreise für Ansiedlungen entscheidend seien, befand Sabine Friedel, SPD. Bei der Ansiedlung des Chipherstellers Intel in Sachsen-Anhalt habe aber offenbar auch die Verfügbarkeit von erneuerbaren Energien eine wichtige Rolle gespielt. Wie könne Sachsen dem Nachholbedarf in diesem Bereich gerecht werden?*

Alle Unternehmen, die sich neu ansiedeln, verlangen nach CO<sub>2</sub>-freien Stromquellen, so Michael Kretschmer. Und deswegen müsse man die erneuerbaren Energien auch ausbauen. Intels Entscheidung habe mehr mit einer begrenzten Flächenverfügbarkeit zu tun gehabt. Daher setze sich Sachsen aktuell dafür ein, bei Wiedemar in der Nähe von Leipzig eine sehr große Industriefläche nutzbar zu machen. Mit dieser Fläche in der Hand hätte der Freistaat höchstwahrscheinlich von Intel den Zuschlag erhalten.

// Gerhard Liebscher





72. Sitzung des Sächsischen Landtags

// Sabine Friedel // Foto: O. Killig

*Dr. Daniel Thieme*

# Schule soll neue Wege gehen

Staatsregierung hofft auf neue Impulse für die schulische Bildung

// Die Aktuelle Stunde der 72. Sitzung des Sächsischen Landtags am 1. Juni 2023 begann mit der Debatte: »Fürs Leben lernen statt für Klausuren! Mit dem Prozess ›Bildungsland Sachsen 2030‹ neue Wege wagen.« Die SPD-Fraktion hatte den Antrag auf die Tagesordnung gesetzt. //

## Junge Menschen befähigen

Mit dem kürzlich gestarteten Prozess »Bildungsland Sachsen 2030« wolle man mit zahlreichen Akteuren darüber sprechen, wie die Schule der Zukunft aussehen solle, erklärte Sabine Friedel, SPD. Bildung habe vor allem das Ziel, Menschen zu einem selbstbestimmten Handeln zu befähigen. Dazu gehöre es, die eigenen Rechte zu kennen sowie Strukturen und Wirkmechanismen zu verstehen. Es müsse überlegt werden, wie Wirtschaft und Arbeit in der Schule eine größere Rolle spielen könnten.

Eine gute Allgemeinbildung sei immer noch die beste Grundlage für alle zukünftigen Herausforderungen, befand Holger Gasse, CDU. Jeder Mensch habe seine Neigungen, doch Berufsbilder und Interessen änderten sich. Fundierte Grundkenntnisse hingegen seien ebenso wichtig wie soziale Kompetenzen. Ohne Zweifel müsse sich die Schule weiterentwickeln. Sie könne aber nicht alles leisten. Für manches seien die Eltern und das persönliche Umfeld verantwortlich.

## Sprachdefizite reduzieren

Dr. Rolf Weigand, AfD, wies darauf hin, dass man in der Bildungspolitik zu alter Stärke zurückfinden müsse. Jeder vierte Viertklässler könne nicht richtig lesen. Daher sei das Infragestellen von Hausaufgaben, wozu auch das Lesen gehöre, völlig falsch. Auch in der vorschulischen Bildung müsse sich etwas tun, denn ein Drittel der Vorschüler in Sachsen hätte Sprachdefizite. Bei der Digitalisierung der Schulen solle man mit Augenmaß vorgehen. Eine digitale Oberfläche löse nicht alle Probleme.

Wie könne man dafür sorgen, dass kein Kind zurückbleibe, fragte Luise Neuhaus-Wartenberg, DIE LINKE. Für die Ausrichtung der schulischen Bildung sei dies der entscheidende Punkt. Die Antworten darauf seien vielfältig. Sie lägen unter anderem darin, Schul- und Unterrichtszeiten zu verändern oder Räume zum mutigen Experimentieren zu schaffen. Angehende Lehrerinnen und Lehrer sollten lernen, die Kinder und Jugendlichen ernst zu nehmen und ihnen zuzuhören.

## Verständnis bestärken

Christin Melcher, BÜNDNISGRÜNE, sagte, ihre Fraktion begrüße den angestoßenen Prozess ausdrücklich. Er sei Ausdruck einer neuen Beteiligungskultur. Mitmachen und Mitreden fördere das Verständnis für Prozesse und Entscheidungen. Auch inhaltlich könne einiges erwartet werden. Es würden nicht nur die richtigen, sondern mitunter auch unbequemen Fragen aufgeworfen. Der Prozess berge die Chance, über die Zukunft von Schule und Unterricht zu sprechen, ohne dass die Frage nach den Ressourcen alles überlagere.

Kultusminister Christian Piwarz, CDU, machte deutlich, dass in der Bildung ein Stillstand zugleich einen Rückschritt bedeute. Deshalb müsse über Megatrends wie die Digitalisierung und KI-Systeme gesprochen werden. Ebenso gehe es um Migration und gestiegene Mobilität sowie ein gesteigertes Bewusstsein für Nachhaltigkeit. Im Prozess »Bildungsland Sachsen 2030« stehe auch zur Frage, was junge Menschen wissen und können müssen, wenn sie mit einem Abschluss die Schulen verließen.

# Kampf um Demokratie und Freiheit

Dr. Thomas Schubert

Der 17. Juni 1953 als Tag des Erinnerns und Mahnens

// Anlässlich des bevorstehenden 70. Jubiläums des Volksaufstandes in der DDR diskutierten die Abgeordneten in der 72. Plenarsitzung das von der CDU-Fraktion beantragte Thema »17. Juni 1953: Gedenken an 70 Jahre Volksaufstand – Von der Sehnsucht nach und dem Bewahren von Freiheit«. //

## Leben in Freiheit verteidigen

Das Datum des 17. Juni 1953 stehe für einen großen Kampf um Freiheit, stellte Christian Hartmann, CDU, einleitend fest. Die Stimme der Freiheit habe die sowjetische Besatzungsmacht damals brutal niedergeschlagen. 55 Menschen seien gestorben und mehr als 10 000 verhaftet worden. Am 70. Jahrestag dieses Ereignisses gehe es um den Respekt vor den Menschen, die einst Mut zeigten, sowie um das Mahnen, dass ein Leben in Freiheit verteidigt werden müsse.

Jörg Urban, AfD, bemerkte zunächst, dass die Panzer damals in den Städten der DDR gegen die eigenen protestierenden Bürger

gerollt seien. Den Menschen sei es um die Freiheit von der SED-Diktatur gegangen. Heute habe man in Deutschland aufs Neue eine Situation, in der die Freiheitsrechte der Bürger von verantwortungslosen Politikern außer Kraft gesetzt würden. Er sei stolz auf jeden mündigen Bürger, der angesichts staatlicher Willkür auf die Straße gehe.

## An Unrecht und Leid erinnern

Nicht nur während der Niederschlagung des Aufstandes, sondern auch danach, sei vielen Menschen Unrecht angetan worden, bekannte Rico Gebhardt, DIE LINKE. Die SED-Regierung sei unfähig gewesen, ihrer Macht ein demokratisches Fundament zu geben. Den Ruf nach Reformen habe man ignoriert. Für seine Fraktion sei daher klar: Würdiger Sozialismus sei nur als Demokratie denkbar. DIE LINKE sei nicht die SED und sie habe nach 1990 immer wieder um Entschuldigung gebeten.

Vor allem dürfe man die Menschen nicht vergessen, die 1953 für ihre Rechte gekämpft

hätten, gab Dr. Claudia Maicher, BÜNDNIS-GRÜNE, zu bedenken. Aus der Erinnerung an sie seien Lehren für den politischen Umgang zu ziehen. Wenn heute von Autokratie fabuliert werde, weil einem die politischen Ziele der Regierung nicht zusagten, wenn jede Veränderung als Angriff auf die Freiheit verstanden werde, dann beschädige dies das Vertrauen in demokratische Politik.

## Vergangenheit nicht missbrauchen

Frank Richter, SPD, warf zunächst der AfD vor, aus der Vergangenheit das herauszuholen, was ihr gerade passe. Das sei respekt- und schamlos. Ansonsten sei er für die Debatte zum 17. Juni aus vielen Gründen dankbar. Einer davon sei, dass es sich beim 17. Juni um eine Leistung der Menschen in der DDR, der Ostdeutschen handele. Entsprechend hätte auch der Tag der Deutschen Einheit auf diesem Datum belassen werden sollen. Der 3. Oktober sei unglücklich gewählt.

Am Ende der zeitweise hitzig geführten Debatte ergriff Ministerpräsident Michael Kretschmer, CDU, das Wort. Man habe in der heutigen Sitzung an die eine Million mutigen Menschen erinnern wollen, die 1953 für Demokratie auf die Straße gingen. Man habe auch daran erinnern wollen, dass viele von ihnen Repressionen erlitten und noch für Jahre Angst gehabt hätten. Jedoch sei die Debatte vonseiten der AfD-Fraktion missbraucht worden, um zu spalten. Die überwiegende Mehrheit des Parlaments verwehre sich indes eines selektiven Erinnerns.



// Rico Gebhardt

# Vorwurf fehlender Ausgewogenheit

Kritik am Modell des öffentlich-rechtlichen Rundfunks von der AfD-Fraktion

72. Sitzung des Sächsischen Landtags

// Auf Antrag der AfD-Fraktion debattierte der Sächsische Landtag am 1. Juni 2023 in der Aktuellen Stunde das Thema »Der öffentlich-rechtliche Rundfunk – staatsferner Journalismus oder Hofberichterstattung?«. //

## Unabhängigkeit wahren

Torsten Gahler, AfD, stellte eine Taktik des Verschleierns und Verschweigens beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk fest. So würden Talkshows nicht ausgewogen besetzt oder Beiträge zu bestimmten Themen nicht gezeigt. Während der Corona-Pandemie hätten dubiose Experten die Bevölkerung verunsichert und von Tag zu Tag düsterere Meinungen verbreitet. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk habe seine Daseinsberechtigung, müsse aber unabhängig und staatsfern sein.

Andreas Nowak, CDU, sagte, man könne an Sendungen wie »MDR Aktuell« oder der »Tageschau« einiges kritisieren, Hofberichterstattung sei das Programm aber keinesfalls. Dies werde am Rundfunkrat des MDR deutlich. Ihm gehörten neben anderen gesellschaftlichen Gruppen auch Vertreter der Politik an. Ihre Zahl sei auf ein Drittel begrenzt. Im Gremium selbst würden ganz unterschiedliche Blickwinkel vorgetragen. Auch zu Programmbeschwerden fänden intensive Diskussionen statt.

## Medienvielfalt stärken

Mit Debatten dieser Art verfolge die AfD allein das Ziel, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu diskreditieren, warf Antje Feiks, DIE LINKE, ein. Ein Schlagwort der Fraktion sei »Zwangsgebühren«. Dabei gebe es auch zahlreiche andere verpflichtende Beiträge, die zwangsläufig bezahlt werden müssten, um öffentliche Leistungen wie zum Beispiel Schwimmbäder sicherzustellen. Statt Verunglimpfung sei es wichtiger zu diskutieren, wie die sächsische Medienvielfalt gefördert werden könne.

Dr. Claudia Maicher, BÜNDNISGRÜNE, warnte davor, die Öffentlich-Rechtlichen über private, marktbasierete Beiträge zu finanzieren. Dies entzöge den Anstalten jede Bestandsgrundlage und gefährde die Demokratie. Zwar behaupte die AfD, dass öffentlich-rechtliche Journalisten gesteuert seien, aber immer, wenn ihr deren Inhalt nicht passe, komme sie selbst mit Vorschlägen, die nichts anderes als politische Einflussnahme seien.

## Grundlage der Demokratie

Es gebe Probleme bei den Öffentlich-Rechtlichen, die niemand leugnen wolle, gab Dirk Panter, SPD, zu. Aber sie kämen wenigstens zu Tage. Davon unbenommen sei der öffentlich-rechtliche Rundfunk ein Grundpfeiler unserer Demokratie. Deshalb sei es wichtig, ihn weiterzuentwickeln und kritisch zu prüfen, Missstände zu benennen und sie zu verbessern. Das geschehe unter anderem über die Medienstaatsverträge, die im Landtag immer wieder beraten würden.

Auch Oliver Schenk, CDU, Chef der Staatskanzlei und Staatsminister für Bundesangelegenheiten und Medien, betonte, dass die Öffentlich-Rechtlichen unverzichtbar für die freiheitliche Demokratie seien. Sie ermöglichen die politische Willensbildung und würden daher durch einen Beitrag finanziert. Im Gegenzug müssten Journalisten die Grundsätze der Objektivität und Unparteilichkeit beachten. Es gebe manches zu reformieren, aber die Unabhängigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sei unverhandelbar.



[www.landtag.sachsen.de](http://www.landtag.sachsen.de)

// Torsten Gahler

// Dirk Panter // Fotos: O. Killig





Foto: goodluz / stock.adobe.com

Katja Ciesluk

# Auf kein einziges Talent verzichten

Berufliche Bildung fördern und stärken

// Die berufliche Aus- und Weiterbildung in Sachsen soll weiter gestärkt werden. Dafür wurden bereits zahlreiche Maßnahmen ergriffen und im aktuellen Haushalt finanziell untersetzt, zum Beispiel die Verdoppelung des Meisterbonus auf 2.000 Euro. Mit dem vorgelegten Antrag (Drucksache 7/13007) fordern die Koalitionsfraktionen CDU, BÜNDNISGRÜNE und SPD einen umfassenden Bericht der Staatsregierung, um auf dieser Basis weitere Perspektiven zu erörtern. Der Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr beriet darüber am 16. Mai 2023 in einer öffentlichen Anhörung. //

Der Fachkräftemangel wird immer drastischer spürbar. Bis 2030 werden allein in Sachsen 176 000 Menschen weniger als heute am Arbeitsmarkt sein. Schon lange ist Politik, Wirtschaft und Handwerk klar: Jede und jeder wird gebraucht. Die duale Berufsausbildung ist dabei eine wesentliche Säule im Kampf gegen den Fachkräftemangel, zeigten sich die geladenen Sachkundigen von Handwerks-, Industrie- und Handelskammer, Vereinigung der Sächsischen Wirtschaft und Deutschem Gewerkschaftsbund einig. Sie schlugen eine Reihe von weiterführenden Maßnahmen vor, um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen und den Bedarf an Fachkräften dauerhaft zu sichern.

Im Kern gehe es darum, junge Menschen ausbildungsreif zu bekommen. Dazu müsse die Berufsorientierung an den Schulen gestärkt werden, betonte Stefan Krug von der Handwerkskammer Dresden, damit die Schüler wissen, was auf sie zukommt. Ein Weg könnten zusätzliche vergütete Praktika in den Sommerferien sein. Insgesamt brauche es noch mehr Wertschätzung für die berufliche Bildung.

Wichtig sei zudem, dass das flächendeckende Berufsschulnetz erhalten bleibe, wies Christiane Matthes-Uber, IHK Chemnitz, auf einen weiteren Aspekt hin. Die Vielzahl vorhandener Berufsorientierungsmaßnahmen sollte evaluiert und besser koordiniert werden,

damit Schulen wie Wirtschaft gezielt das geeignete Projekt beziehungsweise den richtigen Ansprechpartner finden.

Matthias Matz, Vereinigung der Sächsischen Wirtschaft, sprach sich dagegen aus, das Arbeitsvolumen weiter einzuschränken. »Wenn alle, die arbeiten können, weniger arbeiten wollen, lässt sich unser Wohlstandsniveau nicht halten.« Außerdem müsse es gelingen, die Schulabbrecher

quote zu senken und die MINT-Qualitäten weiter zu verbessern.

Um das Thema in seiner gesamten interdisziplinären Breite zu diskutieren, wäre die Einrichtung einer Enquete-Kommission im Landtag wünschenswert gewesen, sagte André Schnabel, der für den DGB Bezirk Sachsen Stellung nahm und zugleich alternierender Vorsitzender des Landesausschusses für Berufsbildung ist. Mit Blick auf die Weiterbildung sei eine jährliche Bildungszeit von fünf Tagen für jeden Beschäftigten ein Baustein, für den sich die Gewerkschaften weiterhin einsetzen.

Der Wirtschaftsausschuss wird die Statements der Sachkundigen in einer seiner nächsten Sitzungen auswerten.

ZUM NACHLESEN

Wortprotokoll  
der Anhörung



# LAUFENDE GESETZGEBUNG

TITEL   EINBRINGER	ERLÄUTERUNG	STATUS
Gesetz zur Vereinfachung der Wahlen zum Sächsischen Landtag und zur Stärkung der regionalen Repräsentanz der Wahlkreise (Sächsisches Wahlrechtsvereinfachungsgesetz – Sächs-WahlRVereinfG) 7/11485   DIE LINKE	Der Anteil der in den Wahlkreisen direkt gewählten Abgeordneten soll von derzeitig der Hälfte (60 von 120) auf künftig zwei Drittel (80 von 120) der Abgeordneten erhöht werden, indem die 60 Einzelwahlkreise durch 15 Mehrpersonenwahlkreise ersetzt werden.	Öffentliche Anhörung im Ausschuss für Inneres und Sport (ffd.) am 11. Mai 2023
Gesetz über die Wahlen zum Sächsischen Landtag (Sächsisches Wahlgesetz – SächsWahlG) 7/12944   Staatsregierung	Aufgrund der Bevölkerungsentwicklung sind einzelne Wahlkreise neu zuzuschneiden. Im Sitzzuteilungsverfahren soll zudem das Höchstzahlverfahren nach Sainte-Laguë das bisherige nach d'Hondt ablösen, wie bereits für die Kommunalwahlen geschehen.	Öffentliche Anhörung im Ausschuss für Inneres und Sport (ffd.) am 11. Mai 2023
Gesetz zur Anpassung stiftungsrechtlicher Vorschriften 7/13448   Staatsregierung	Das Ablösungsgesetz enthält Anpassungen an die neuen stiftungsrechtlichen Regelungen des BGB. Zudem soll die Aufsicht auf nicht steuerbegünstigte Zwecke verfolgende Stiftungen beschränkt werden.	Überweisung an den Ausschuss für Inneres und Sport am 16. Mai 2023
Gesetz zur Stärkung des Selbstbestimmungsrechts von Schwangeren im Freistaat Sachsen (Sächsisches Schwangersenselbstbestimmung Stärkungsgesetz – SächsSchwSelbstbestStärkG) 7/13495   DIE LINKE	Schwangere sollen ungehinderten, barrierearmen, wohnortnahen und weltanschaulich freien Zugang zur Schwangerschaftskonfliktberatung sowie zu Praxen und Kliniken für die Vornahme eines etwaig gewünschten Abbruchs bekommen.	1. Beratung und Überweisung an den Ausschuss für Verfassung und Recht, Demokratie, Europa und Gleichstellung am 1. Juni 2023
Gesetz zum Vierten Medienänderungsstaatsvertrag 7/13511   Staatsregierung	Mit dem Gesetzentwurf soll der Staatsvertrag in Landesrecht überführt werden. In diesem werden Vorgaben zu einheitlichen Compliance-Standards, Transparenz, Interessenkollision und zur weiteren Stärkung der Gremienaufsicht im Medienstaatsvertrag verbindlich für alle öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und das Deutschlandradio festgeschrieben.	Überweisung an den Ausschuss für Wissenschaft, Hochschule, Medien, Kultur und Tourismus am 25. Mai 2023

## ABGESCHLOSSENE GESETZGEBUNG

TITEL   EINBRINGER	ERLÄUTERUNG	STATUS
Erstes Gesetz zur Änderung des Sächsischen Polizeibehördengesetzes 7/6950   AfD	Die Gesetzesänderung zielte darauf ab, örtlich und zeitlich begrenzte Alkoholkonsumverbote in bestimmten öffentlichen Bereichen auszuweiten, bspw. im Umkreis von Schulen.	abgelehnt
Gesetz zur Verbesserung des Rechtsschutzes bei Wahlen 7/10168   AfD	Mit dem Gesetz sollte es einer Partei ermöglicht werden, im Falle der Zurückweisung ihrer Landesliste noch vor deren Bekanntgabe eine Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof einzulegen.	abgelehnt
Zweites Gesetz zur Änderung des Sächsischen Beamtengesetzes 7/10386   Staatsregierung	Mit dem Änderungsvorhaben soll künftig u. a. das Verfahren zur Stellenbesetzung transparenter und eine Abordnung außerhalb des öffentlichen Dienstes ermöglicht werden.	angenommen
Gesetz zur Änderung des Sächsischen Nachbarrechtsgesetzes und weiterer Vorschriften mit Bezug zur Justiz 7/11670   Staatsregierung	Mit einem Überbau auf das Nachbargrundstück verbundene Wärmedämmungen an Gebäuden werden ermöglicht. Zudem werden die Regelungen zum dienstlichen Beurteilungswesen an die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichtes angepasst.	angenommen
Zweites Gesetz zur Änderung hochschulrechtlicher Bestimmungen 7/11881   Staatsregierung	Mit der Novellierung sollen u. a. die Hochschulen leistungsfähiger und autonomer, die Bedingungen für die Beschäftigten verbessert und die Zusammenarbeit europäischer Hochschulen gefördert werden.	angenommen
Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Kindertageseinrichtungen 7/12227   CDU, BÜNDNISGRÜNE, SPD	Die personelle Ausstattung in den Kindertageseinrichtungen soll verbessert und die gestiegenen Personal- und Sachkosten durch eine Erhöhung des Landeszuschusses ausgeglichen werden.	angenommen

Die »Laufende Gesetzgebung« zeigt den Fortschritt in aktuellen Gesetzgebungsverfahren des Sächsischen Landtags an. Unter »Abgeschlossene Gesetzgebung« sind angenommene und abgelehnte Gesetzentwürfe aufgeführt. Stand: 1. Juni 2023.



## Lob auf die gelebte Verfassung

Foto: M. Rietschel

// In der Sächsischen Verfassung sind demokratische Werte und Ziele festgehalten, anhand derer sich der Freistaat entwickeln soll. Um sie zu erreichen, braucht es engagierte Menschen, die diese Werte in die Tat umsetzen. Acht von ihnen zeichnete Landtagspräsident Dr. Matthias Röbller am 3. Juni 2023 mit der Verfassungsmedaille aus. //



Dr. Daniel Thieme

# »Eine Verfassung soll den Menschen dienen«

Landtagspräsident ehrt freiheitlich-demokratische Verdienste

Fotos: M. Rietschel

Nicht nur im sprichwörtlichen Sinne hat jede Medaille zwei Seiten, auch die Sächsische Verfassungsmedaille besitzt neben einer silbermatten Rück- auch eine Vorderseite. Auf der einen sind brennende Kerzen abgebildet, die an die Friedliche Revolution von 1989 erinnern. Die andere Seite ziert ein großes

// Zum 26. Mal wurde am 3. Juni 2023 die Sächsische Verfassungsmedaille verliehen. Die Ehrung erhielten acht Personen aus ganz unterschiedlichen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, wie beispielsweise der Wirtschaft, Kultur oder Politik. Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner würdigte ihre Verdienste für die freiheitlich-demokratische Entwicklung in Sachsen. //

Landtagswappen mit dem Schriftzug »Für besondere Verdienste«. Die Verleihung der Verfassungsmedaillen fand

am 3. Juni im Sächsischen Ständehaus, nahe den Brühlischen Terrassen in Dresden statt. Seit dem Jahr 1997 wurden insgesamt 189 Personen geehrt.

In seiner Begrüßungsansprache erinnerte Parlamentspräsident Röbner an die Grundlagen eines freiheitlichen Staates: »Eine Verfassung ist kein Selbstzweck. Sie soll den Menschen dienen, sie soll das Gemeinwohl und die Prosperität unseres Landes fördern. Die Verfassung gibt den Rahmen vor, der Staat hingegen ist auf Menschen angewiesen, die ihn überzeugend und tatkräftig gestalten.« Dafür brauche es neben Ausdauer vor allem Entschlossenheit, so Röbner weiter.

Die Fähigkeit zur Initiative sei eine jener Eigenschaften, die das Menschsein ausmachen. Sie gestalte gesellschaftliche Verhältnisse, das hätten auch die Geehrten durch ihr langjähriges Engagement vorbildhaft bewiesen.

Anschließend hob der Landtagspräsident mit persönlichen Worten die Verdienste der neuen Verfassungsmedaillenträgerinnen- und träger hervor. Ausgezeichnet wurden diesmal Prof. Dr. Karl-Heinz Binus, Berndt Dietze, Bernd-Lutz Lange, Aloysius Mikwauschk, Dr. Uta Neidhardt, Sabrina Sadowska, Bernd Schlobach und Holker Thierfeld. Ihren musikalischen Rahmen erhielt die Verleihung durch die 1. Preisträgerinnen des Landeswettbewerbs »Jugend musiziert« 2023 in der Kategorie Kammermusik.

// Streichquartett der sächsischen Landessiegerinnen von »Jugend musiziert« 2023







III



VIII



VII



VI



V



II



IV



I

**I Prof. Dr. Karl-Heinz Binus, Wolkenstein (Erzgebirge)**

Als Vizepräsident und von 2010 bis 2021 als Präsident des Sächsischen Rechnungshofes hat Prof. Dr. Karl-Heinz Binus die Prüfbehörde als unabhängige Instanz im Interesse der Steuerzahler etabliert und wertvolle Aufbauarbeit geleistet, die bis heute im Sinne solider Finanzen auf kommunaler wie auf Landesebene nachwirkt.

**II Berndt Dietze, Dresden**

Der Diplom-Ingenieur Bernd Dietze ist einer der bekanntesten Unternehmer der Dresdner Bürgergesellschaft. Sein Lebenswerk ist der Neumarkt. Als Geschäftsführer der Baywobau hat er den Wiederaufbau zahlreicher prächtiger Bürgerhäuser sowie des Lahmann-Parks in Dresden entscheidend geprägt.

**III Bernd-Lutz Lange, Leipzig**

Bernd-Lutz Lange war Mitverfasser des Aufrufs der »Leipziger Sechs« zur Gewaltfreiheit und zum Dialog am 9. Oktober 1989 in Leipzig. Das Urgestein der sächsischen Kabarettszene hat sich künstlerisch besonders um die Pflege

der sächsischen Mundart und literarisch um die Beschreibung der sächsischen Heimat verdient gemacht.

**IV Aloysius Mikwauschk, Räckelwitz**

Aloysius Mikwauschk wird für sein über 30-jähriges Engagement für seine Heimat Oberlausitz und seinen Einsatz für die sorbischen Gebiete in Sachsen ausgezeichnet.

**V Dr. Uta Neidhardt, Dresden**

Als Oberkonservatorin der Staatlichen Kunstsammlungen Dresden hütet Dr. Uta Neidhardt seit vielen Jahren die Schätze der Gemäldesammlungen und sorgt mit weltweiten Kooperati-

onen immer wieder für Ausstellungen von internationaler Strahlkraft wie etwa zum Barockmaler Jan Vermeer.

**VI Sabrina Sadowska, Chemnitz**

Die Ballettdirektorin der Städtischen Theater Chemnitz, Sabrina Sadowska, hat sich künstlerisch besonders um den Tanzstandort Chemnitz verdient gemacht. Mit viel persönlichem Engagement unterstützt die Leiterin der Opernballettschule Chemnitz den Nachwuchs sowie Tänzerinnen und Tänzer nach ihrer Karriere.

**VII Bernd Schlobach, Dommitzsch**

Als langjähriger Feuerwehrmann und 1. stellv. Bürgermeister von Dommitzsch hat sich Bernd Schlobach ehrenamtlich und beruflich jahrzehntelang für die Stärkung und Entwicklung des Bevölkerungs- und Katastrophenschutzes in seiner Heimat eingesetzt.

**VIII Holker Thierfeld, Amtsberg**

Seit den frühen 1990er-Jahren leitet Holker Thierfeld ehrenamtlich die Bezirksgruppe Chemnitz der Vereinigung der

Opfer des Stalinismus, begleitet und berät Betroffene mitfühlend und hat sich außerordentlich um die Erinnerungskultur der Stadt Chemnitz, unter anderem zum 17. Juni, verdient gemacht.

**DIE SÄCHSISCHE VERFASSUNGSMEDAILLE IM ÜBERBLICK**

**Ursprung**  
1997 erstmals vom Präsidenten des Sächsischen Landtags verliehen

**Stiftungsanlass**  
Fünfter Jahrestag der Sächsischen Verfassung im Jahre 1997 sowie zur Erinnerung an die Friedliche Revolution

**Anzahl der Ehrungen**  
bisher 190-mal verliehen

**Kriterium**  
wird an Frauen und Männer ohne Ansehen der Staatsangehörigkeit verliehen

**Vorschlagsrecht**  
vorschlagsberechtigt sind unter anderem Mitglieder der Staatsregierung, Landräte und Oberbürgermeister, aber auch Bürgerinnen und Bürger

**Material und Beschaffenheit**  
Silber und rund, mit matter Oberfläche, 78 Millimeter Durchmesser, ca. 240 Gramm schwer

## Forum Mitteleuropa im Sächsischen Landtag



// Diskussion zur Energiepolitik in den Ländern Mitteleuropas // Fotos: T. Schlorke

Dr. Daniel Thieme

# Mitteleuropäische Stabilität in Zeiten des Umbruchs



fme.landtag.sachsen.de

Konferenz diskutiert über wirtschaftliche und gesellschaftliche Herausforderungen

// Das Forum Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag dient dem Dialog des Freistaates Sachsen mit seinen Nachbarländern. Ein Höhepunkt des Formats ist die jährlich stattfindende Konferenz, an der zahlreiche Politiker und Vertreter der Zivilgesellschaft teilnehmen. In diesem Jahr tagte das Forum in Prag. //

Prag besitzt einen einzigartigen Charme, der jeden in seinen Bann zieht, der die »goldene Stadt« einmal besucht hat. Auch das Forum Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag kehrte am 23. Mai 2023 an die Ufer der Moldau zurück. Bereits vor zehn Jahren tagte die Konferenz in der tschechischen Hauptstadt. Als Veranstaltungsort hatte erneut das Palais Waldstein, Sitz des Senats der Tschechischen Republik, seine Tore geöffnet. Im historischen Sitzungssaal eröffneten die beiden Parlamentspräsidenten Dr. Miloš Vystrčil und Dr. Matthias Rößler die Tagung.

Das Thema der Konferenz lautete in diesem Jahr: »Stabilität von Wirtschaft und Gesellschaft in Mitteleuropa«. Im Zentrum der Reden und Beiträge standen die Herausforderungen, mit denen die Länder Mitteleuropas aktuell konfrontiert sind. Dazu gehören beispielsweise die anhaltende Inflation sowie die Energie- und Wirtschaftspolitik, aber auch das Ringen um gesellschaftliche Stabilität. Die Themen knüpften unter anderem an die Konferenz des Forums Mitteleuropa in Vilnius im vergangenen Jahr an. Diese fand damals nur wenige Monate



// Dr. Matthias Rößler



// Dr. Miloš Vystrčil

## Neue Identität für Mitteleuropa

Senatspräsident Vystrčil machte in seiner Begrüßungsansprache deutlich, dass sich Mitteleuropa in einer Zeit des Umbruchs befinde. Die Transformation und die Aufbauleistung der vergangenen 30 Jahre hätten den mitteleuropäischen Staaten eine starke Identität gegeben. Man habe aber auch Fehler gemacht, beispielsweise in der Frage der Energieabhängigkeit. Vystrčil forderte, daraus jetzt die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen. Die demokratischen Institutionen in Mitteleuropa müssten widerstandsfähiger werden. Auch ökonomische und ökologische Veränderungen sollten konsequent angegangen werden.

nach dem Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine statt.

Landtagspräsident Rößler betonte, dass Sachsen schon immer zu Mitteleuropa gehört und diesen Kulturraum geprägt habe.

Die heutige Stärke beruhe auf dem, was in den vergangenen 30 Jahren geleistet worden sei. Die errungenen Werte von Frieden, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie bildeten auch die Leitplanken für den Weg ins 21. Jahrhundert. In diesem Rahmen müssten die jetzigen Herausforderungen zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger gestaltet werden. Es gehe unter anderem darum, ökologisch nachhaltig zu wirtschaften und dabei Energie bezahlbar zu halten.

Wirtschaftliche Sicherheit benötige verlässliche Partner, sagte Kadri Simson, EU-Kommissarin für Energie, in einer Videobotschaft. Wichtige Maßnahmen auf dem Weg dorthin seien beispielsweise die von der EU begonnene Strukturreform des europäischen Strommarktes, die Unterstützung der Kohleregionen und der European Green Deal.

## Weitere Lösungen notwendig

Nach Ansicht von Tschechiens stellvertretendem Ministerpräsidenten Marian Jurečka hätten die vergangenen Jahre offengelegt, dass Europa bei vielen wichtigen Produkten, wie etwa Arznei oder IT-Technik, von China abhängig sei. Dabei sei die Volksrepublik längst kein verlässlicher Partner mehr. Auch beim Thema Fachkräfte sei Europa inzwischen sehr verletzlich geworden.

In der anschließenden Diskussionsrunde, an der unter anderem Sachsens ehemaliger Ministerpräsident Stanislaw Tillich teilnahm, wurde deutlich, dass Energie ein Schlüsselsektor für die wirtschaftliche Zukunft fast jedes Landes sei. Die Herausforderung bestehe darin, den Übergang zu einer CO<sub>2</sub>-neutralen Energiegewinnung zu schaffen, wobei die kommenden zehn bis fünfzehn Jahre



// Podiumsdiskussion zur gesellschaftlichen Lage in Mitteleuropa



## ZUM NACHLESEN

### MITTELEURÖPISCHE PERSPEKTIVE UND ERFAHRUNG

Vorwort der Organisatoren



entscheidend seien. Sowohl die Kernenergie als auch das Gas würden als Brückentechnologie weiterhin wichtig sein, um den Wandel des Energiemarktes zu gestalten, so die Leiterin der staatlichen Atomaufsicht, Dr. Dana Drábová.

## Kulturell verbundene Gesellschaften

Der zweite Teil der Konferenz befasste sich mit der gesellschaftlichen Situation in Mitteleuropa. Den Impulsvortrag für die Diskussionsrunde lieferte der ungarische Europaabgeordnete Dr. Ernő Schaller-Baross. Er diagnostizierte eine weitge

hende Verunsicherung aufgrund andauernder Strukturdebatten in der EU. Anstatt immer mehr Kompetenzen auf die europäische Ebene zu verlagern, sollte die Stärke nationaler Parlamente erhalten bleiben.

Pavel Fischer, Mitglied des tschechischen Senats, betonte die kulturelle Verbundenheit innerhalb Mitteleuropas. Er beschrieb das Bild eines Hauses, das zwar aus ganz unterschiedlichen Sprachen bestehe, aber das verbindende Geschenk der Musik besitze. Diese bringe schon seit Jahrhunderten Menschen zusammen. Eine Gefahr sah Fischer in der wachsenden Ungleichheit von städtischen Zentren und

dem ländlichen Raum. Hier müsse der Dialog gestärkt werden.

Die anschließende Diskussion, die auch den Schlussteil der Konferenz einleitete, ging vertiefend auf die gesellschaftlichen Herausforderungen ein. So wurde unter anderem hervorgehoben, dass in allen europäischen Staaten eine Mehrheit den Freiheitskampf der Ukraine unterstütze. Klar sei jedoch auch, dass es gerade in dieser Frage teilweise sehr konträre Positionen gäbe. Die Konflikte verliefen vor allem entlang wirtschaftlicher und kultureller Linien, befand etwa der Direktor des STEM Instituts Prag, Dr. Martin Buchtík.

# »Der Mann fürs Grobe«

Ein Tag mit Ronald Pohle, Vorsitzender des Ausschusses für Inneres und Sport

// Seit 2009 vertritt Ronald Pohle (CDU) als direkt gewählter Abgeordneter den Leipziger Osten und Südosten im Sächsischen Landtag. Der gelernte Heizungsmonteur und Inhaber eines Familienbetriebs für Bauelemente beschreibt sich selbst als Abgeordneten der etwas anderen Art. Wir haben den Vorsitzenden des Ausschusses für Inneres und Sport einen Tag bei der Arbeit in seiner Heimatstadt Leipzig begleitet. //

Konservativ, unabhängig bis hin zur gelegentlichen Widerspenstigkeit und arbeitswütig, fasst Ronald Pohle seinen Politikstil zusammen. Er sei kein typischer Abgeordneter, komme aus einer bildungsfernen Schicht und nenne die Dinge klar beim Namen. Dass er damit zuweilen aneckt und sich den Unmut politisch Andersdenkender zuzieht, ficht ihn nicht an. »Ich bin der Mann fürs Grobe.« Oder anders ausgedrückt: Pohle polarisiert. Beschmierte Fassaden am Wahlkreisbüro des strikten »Law-and-order-Politikers« legten davon bereits mehrfach sichtbares Zeugnis ab. Auf der anderen Seite sei er ein Teamplayer, der sich für den sozialen Frieden einsetzt. »Keine Region darf abgehängt werden«, formuliert er seine Überzeugung. Damit ein gutes gesellschaftliches Miteinander gelinge, bedürfe es des Engagements jedes Einzelnen, so Pohle, der selbst zwei Bürgervereine in Leipzig mitbegründet hat und schon oft für seine umfangreiche ehrenamtliche Arbeit ausgezeichnet wurde, etwa mit der Ehrennadel der Handwerkskammer oder dem Leipziger Agenda-Preis.

## Austausch: Leipziger Arbeitsmarkt

Der Tag in der Messestadt startet mit einem politischen Frühstück.



Fotos: N. Millauer

Die Agentur für Arbeit und das Jobcenter Leipzig haben politische Verantwortungsträger aus Bund, Land und Kommunen zu sich nach Leipzig-Möckern eingeladen. Für Pohle, der unweit des ehemaligen Kasernengeländes aufgewachsen ist, vertrautes Terrain. Drei Stunden sind für den Austausch über die aktuelle Situation auf dem hiesigen Arbeitsmarkt und weitere Themen von Bürgergeld bis Integration angesetzt.

Steffen Leonhardi, Vorsitzender der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit Leipzig, und Sabine Eder, Geschäftsführerin des Jobcenters, präsentieren aktuelle Trends und Zahlen. Vor allem Qualifikation und Weiter

bildung seien Arbeitsbereiche, die immer stärker in den Fokus der Behörden rücken, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

»Wie schätzen Sie Leipzigs Chancen für Neuansiedlungen ein, wenn uns hier die Fachkräfte fehlen?«, fragt Ronald Pohle nach. Man brauche Neuansiedlungen, pflichtet Leonhardi dem Abgeordneten bei. Seine Behörde unternehme große Anstrengungen, um vorhandene Arbeitskräfte für den Arbeitsmarkt zu qualifizieren. Erschwerend komme jedoch hinzu, dass die vergleichsweise niedrige Vergütung in Leipzig zur Abwanderung von Fachkräften in Regionen mit höheren Löhnen führe.

Pohle ist das Thema wichtig. Aus seiner Sicht benötige Leipzig mit seinem traditionell sehr dienstleistungsorientierten Arbeitsmarkt dringend mehr Unternehmen und Jobs im produzierenden Gewerbe. Er selbst übernahm vor 30 Jahren den familieneigenen Handwerksbetrieb. Als Unternehmer setzt er sich seit Langem für die Interessen des Mittelstandes und des Handwerks ein.

Vor dem nächsten Termin bleibt Zeit für ein Interview. Schnell wird klar, Ronald Pohle ist ein begeisterter Tüftler und Bastler mit einem großen Faible für Technik und Design. Er liebt es, mit außergewöhnlichen, selbst umgebauten Fahrzeugen aufzufallen, ob Feuerwehr mit integrierter Gulaschkanone oder einer aus Fässern nachgebauten Dampflok Saxonica. Das kommt bei den Bürgern gut an und bietet den perfekten Anknüpfungspunkt, um miteinander ins Gespräch zu kommen, freut sich Pohle.

## Herzensangelegenheit Sport

Weiter geht es zum Landessportbund Sachsen, um mit Geschäftsführer Christian Dahms über aktuelle sportpolitische Fragen zu diskutieren. Für Ronald Pohle eine Herzensangelegenheit. Nicht nur, weil sein Ausschuss neben Innenpolitik auch für den Sport zuständig ist, sondern weil er selbst als passionierter Sportler das Metier als einst Aktiver, ehrenamtlich Engagierter und Funktionär bestens kennt.



// Ronald Pohle im Gespräch mit dem Landtagskurier

»Wir sind die größte Bürgerorganisation in Sachsen«, hebt Dahms stolz hervor und verweist auf insgesamt 671 281 Mitglieder in 4 374 Sportvereinen. Vom zwischenzeitlichen coronabedingten Einbruch der Mitgliederzahlen habe man sich gut erholt. Zuwächse verzeichneten

die Vereine vor allem im Kinder- und Jugendbereich. So sei bei den 7- bis 14-Jährigen knapp jeder Zweite im Sportverein, berichtet Dahms dem Abgeordneten. Probleme gebe es hingegen, ausreichend Nachwuchs im Bereich der Übungsleiter zu finden.

Lobend äußert sich Dahms über die Sportförderung des Freistaates, die mit dem Zuwendungsvertrag auf soliden Füßen stehe und so die Breitensportentwicklung, die Anschaffung von Großsportgeräten und die Förderung von Talenten stärke. Auch die Pauschalen für Übungsleiter wurden zuletzt erhöht, dennoch müsse man gemeinsam überlegen, wie man das Ehrenamt noch attraktiver machen könne, gibt er Pohle mit auf den Weg.

ders die Spätaussiedler wurden lange vergessen und nicht gesondert erwähnt«, erklärt Pohle einen der Knackpunkte in diesem Politikfeld.

Für Ronald Pohle gibt es öffentliches Lob vom stellvertretenden Landesvorsitzenden der Vertriebenen- und Spätaussiedler, Dr. Manfred Hellmund: »Sie sind einer derjenigen, der die Basis für unsere Arbeit legt und als Mitglied im Haushalts- und Finanzausschuss darauf achtet, dass die Finanzierung unserer Tätigkeit gesichert ist.« Hauptanliegen sind die Sicherung des kulturellen Erbes sowie der Erinnerungstransfer in die nächsten Generationen, wofür in Sachsen im Jahr 2021 mit der Erinnerungs-, Begegnungs- und außerschulischen Bildungsstätte »Transferraum Heimat« in Knappenrode ein zentraler Anlaufpunkt eröffnet wurde.

Aufgehoben werden müsse hingegen endlich die Benachteiligung der Spätaussiedler im Rentenrecht, adressiert Hellmund einmal mehr eine langjährige Forderung an die Politik. »Diese Frage muss auf Bundesebene geklärt werden«, wiederholt Pohle die Position seiner Partei dazu. Das Thema wird wohl auch beim nächsten Zusammentreffen nicht unerwähnt bleiben.

## Feierstunde im Haus der Demokratie

Für unseren letzten gemeinsamen Termin an diesem Tag fahren wir in den Süden von Leipzig. Ziel ist das Haus der Demokratie, wo die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland ihr 25-jähriges Bestehen feiert. Eng an eng stehen die Tische in dem kleinen Raum, die Vereinsmitglieder haben sich schick gemacht und freuen sich sichtlich über die Anwesenheit der Politik. Neben Ronald Pohle, der Sprecher seiner Fraktion für Vertriebene und Spätaussiedler ist, gratuliert auch Dr. Jens Baumann, seit 2018 Beauftragter des Freistaates für dieses Thema, zum Jubiläum. »Beson-



Foto: Agentur für Arbeit Leipzig



# »Nur der sächsische Landtag ist legitimiert, die Regierung abzuberaufen«

Vor 100 Jahren wird der Landtag vom Militär besetzt

Am Dienstag, den 30. Oktober 1923, mittags, begegneten sich auf der Augustusbrücke in Dresden, auf halbem Wege zwischen dem Landtagsgebäude am Schlossplatz und dem Blockhaus auf der Neustädter Elbseite – damals Sitz des Wehrkreiskommandos der Reichswehr – der Abgeordnete Richard Seyfert und der Landtagspräsident Max Winkler. Übernächtigt, aber erleichtert, konnte Seyfert berichten: Man sei erfolgreich gewesen beim Reichskommissar. Der Landtag sei wieder frei. Die Reichswehr ziehe ab. Die Sitzung um 13 Uhr könne stattfinden. Der Landtag besetzt von Reichwehrtruppen, Maschinengewehre vor dem Hauptportal – wie konnte es so weit kommen?

// Hyperinflation, Staatsversagen, Hitler-Putsch: Im Jahr 1923 stand die junge Weimarer Republik am Abgrund. Ein politisches Beben erreichte auch Sachsen: Im Oktober 1923 marschierte die Reichswehr in Dresden auf, um das »linksrepublikanische Projekt« von Ministerpräsident Zeigner abzusetzen. //

## Reichsexekution gegen die Regierung Zeigner

Einige Monate zuvor, im März 1923, war der Sozialdemokrat Erich Zeigner zum Ministerpräsidenten gewählt worden. Und das obwohl seine Fraktion, die zur VSPD wiedervereinigten »rechten« Mehrheitssozialdemokraten (MSPD) und die »linken« unabhängigen Sozialisten (USPD), keine Mehrheit hatte. Sie musste sich von den Kommunisten, der KPD, dulden lassen. Zeigner war dazu bereit, denn sein vornehmliches Ziel

war es, das später als »linksrepublikanisches Projekt« betitelte Reformprogramm seiner Partei zu verteidigen und auszubauen. Dabei legte sich Zeigner nicht nur mit der Justiz, der Wirtschaft und der Kirche – drei herausragenden Exponenten der alten Ordnung – an, sondern auch mit der Reichswehr und namentlich mit dem Reichwehrminister Otto Geßler (DDP). Zeigner wollte keinen revolutionären Wandel, sondern zügige Reformen. Zur Not

auch gegen massiven Widerstand, und im äußersten Falle sogar mit der Unterstützung der republikfeindlichen KPD. Diese aber plante, Zeigner zum Steigbügelhalter einer sozialistischen Oktober-Revolution zu missbrauchen, die von Sachsen ihren Ausgang nehmen sollte. All das in einer Zeit, in der die junge Weimarer Republik mit der Besetzung des Rheinlandes und dem daraus folgenden Ausnahmezustand in Deutschland, der Hyperinflation und dem in Bayern heraufziehenden rechtsextremen Putsch ohnehin schon zahlreiche Krisen zu bewältigen hatte. Als Zeigner schließlich tatsächlich drei Kommunisten in seine Regie

// Reichwehrkompanie auf dem Weg zum Landtagsgebäude in Dresden //  
Quelle: ullstein bild/ Robert Sennecke





// Erich Zeigner (1886 – 1949) //  
Quelle: Illustrierte Zeitung vom 17.11.1923

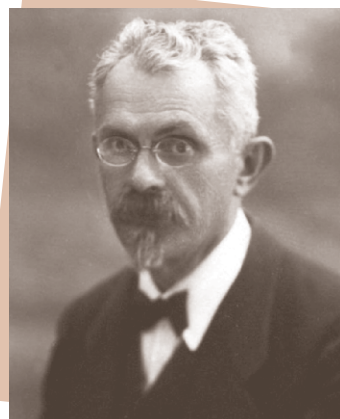
... rung aufnahm, hatte er den Bogen für die Reichsregierung in Berlin überspannt. Der Reichskanzler Gustav Stresemann (DVP) ließ Zeigner wissen, dass er, sollte die Regierung nicht freiwillig zurücktreten, einen Reichskommissar bestellen werde. Zeigner legte, telefonisch und schriftlich, Verwahrung dagegen ein. Nur der Landtag sei legitimiert, die sächsische Regierung abzuverufen. Man werde aber »umgehend im Landtag eine Entschließung über die Vertrauensfrage herbeiführen«. Darauf wollte man aber in Berlin offensichtlich nicht mehr warten. Reichspräsident Friedrich Ebert (SPD) ermächtigte den Reichskanzler auf Grundlage von Art. 48 der Reichsverfassung, einen Reichskommissar zu ernennen, der die KPD-Minister ihres Amtes entheben sollte. So jedenfalls war der Plan.

## Heinze probt die Diktatur

Die Wahl fiel auf den letzten königlichen Ministerpräsidenten und Reichsjustizminister Rudolf Heinze. Und Heinze fackelte nicht lange. Noch bevor die Verordnung der Reichsexekution veröffentlicht war und trotz der Ankündigung Zeigners, freiwillig zurückzutreten, ließen

Heinze und der für den sächsischen Wehrkreis IV zuständige Befehlshaber, Generalleutnant Alfred Müller, Reichswehrtruppen aufmarschieren. Am Vormittag des 29. Oktober zogen die Truppen von Norden her zur Staatskanzlei und zum Landtag. Unter »klingendem Spiel« wurden gegen 14:15 Uhr der Ministerpräsident und der Minister Paul Böttcher abgeführt. Eine Übergangsregierung, überwiegend bestehend aus Ministerialdirektoren, wurde eingesetzt. Heinze ging aber noch deutlich weiter: Ohne Autorisierung und ohne Not ließ er den Landtag besetzen. Seyfert schrieb in sein Tagebuch: »Die Reichswehr zieht auch am Landtagsgebäude vorbei, etwa eine Stunde lang. Die Zuschauer schwenken Tücher und rufen ›Hurra!‹. Die Regimentskapellen spielen ›Deutschland über alles‹. Die Menge singt mit.« Offensichtlich waren also nicht alle Sachsen von der Unrechtmäßigkeit der Landtagsbesetzung überzeugt. Vorsichtshalber hatte die Reichswehr Maschinengewehre und Mörser am Schlossplatz in Stellung gebracht.

Die Abgeordneten zeigten sich von dieser Machtdemonstration zunächst unbeeindruckt und begannen um 14 Uhr mit der Sitzung des Haushaltsaus-



// Richard Seyfert (1862 – 1940) //  
Quelle: SächsHStAD, Bestand 12785 – Nachlass Richard Seyfert

schusses. Erst als um 15 Uhr Reichswehrsoldaten das Gebäude betraten, musste der Landtag die Arbeit einstellen. Bis 16 Uhr durfte niemand hinaus oder hinein. Für wenige Stunden hatte Sachsen weder eine eigene Exekutive noch eine arbeitsfähige Legislative. Noch am selben Abend und am nächsten Morgen wurden Abgeordnete bei Heinze vorstellig mit der Forderung, den Landtag unverzüglich wieder freizugeben. Letztlich erfolgreich, wie Seyfert berichtet. Im Landtag wurde nun fieberhaft nach einer

Mitteilungen aus dem Justizministerium, dass Heinze weitere Schritte plane. Was genau Heinze vorhatte, lässt sich nicht rekonstruieren. Es muss aber so erheblich gewesen sein, dass Seyfert sich noch um halb zehn Uhr abends ein Automobil kommen ließ, um zum Landtagspräsidenten Winkler nach Hause zu fahren, ihn aus dem Bett zu klingeln und zu bitten, telegrafisch für den folgenden Tag, den 1. November, eine Landtags-sitzung einzuberufen. Winkler kam dem nach und so endete



// Verhaftung durch die Reichswehr 1923, vermutlich in Freiberg //  
Quelle: BArch, Bild 102-00191 / Georg Pahl

Lösung gesucht. Für die Demokratische Partei (DDP), der auch Seyfert angehörte, war klar, dass die SPD sich von der KPD lösen und ein Ministerpräsident gewählt werden müsse, der die Unterstützung aller demokratischen Parteien hätte. In einer turbulenten Nachtsitzung, die sich vom 30. bis zum 31. Oktober um halb zwei Uhr nachts hinzog, wurde schließlich Alfred Fellisch mit diesem Amt betraut. Damit war das Recht des Landtags, allein über die Bildung einer Regierung zu bestimmen, restituiert. Noch war Fellisch aber nicht vereidigt. Im Laufe des Reformationstags erhielt Seyfert besorgniserregende

Heinzes kurzes machtpolitisches Intermezzo am Abend mit der Verteidigung Fellischs. Die demokratische Ordnung in Sachsen war wiederhergestellt.

Auch die übrigen Krisen des Jahres 1923 konnten noch vor Jahresfrist gelöst werden: Die Einführung der Rentenmark beendete die Hyperinflation, der Hitler-Ludendorff-Putsch wurde blutig niedergeschlagen. Die Wirtschaft begann sich zu erholen und Sachsen erhielt ab dem Januar 1924 eine Regierung der parlamentarischen Mitte aus SPD-Mehrheit, Demokraten und Volkspartei. Die sogenannten »goldenen Zwanzigerjahre« konnten beginnen.



Foto: Landtag

## Datenschutz-Tätigkeitsbericht 2022 vorgelegt

Die Sächsische Datenschutz- und Transparenzbeauftragte (SDTB) Dr. Juliane Hundert hat am 16. Mai 2023 ihren Datenschutz-Tätigkeitsbericht für das zurückliegende Jahr an Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner übergeben und anschließend der Öffentlichkeit vorgestellt. Auf über 230 Seiten sind die Schwerpunkte der Datenschutzaufsicht, Statistiken, Hinweise zur Auslegung der Datenschutz-Grundverordnung, zur Sanktionspraxis und Datenschutz-Rechtsprechung zusammengefasst. Im Berichtszeitraum gingen 1 068 Beschwerden und Kontrollanregungen bei der SDTB ein. Das Aufkommen lag damit etwas unter dem der Vorjahre (2021: 1 254).



## Trinationale Wissenschaftskonferenz tagt in Dresden

Am 16. Mai 2023 war Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner zu Gast beim Auftakt der internationalen Wissenschaftskonferenz »Building Bridges for the Next Generations«. Für die zweitägige Konferenz versammelten sich im Internationalen Congress Center (ICC) Dresden über 300 Gäste, darunter junge Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler aus Deutschland, Polen und Tschechien. Inhaltlich ging es insbesondere um die Zukunftsbereiche Gesundheit, Informationstechnologie und Energie/Klima. Außerdem vereinbarten der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer und der tschechische Premierminister Petr Fiala eine intensivere Zusammenarbeit in den Bereichen Wissenschaft und Forschung, Klimaschutz und Wirtschaft.



[www.landtag.sachsen.de/publikationen](http://www.landtag.sachsen.de/publikationen)



[www.landtag.sachsen.de/veranstaltungen](http://www.landtag.sachsen.de/veranstaltungen)



Der Sächsische Landtag auf Twitter:  
[twitter.com/sax\\_lt](https://twitter.com/sax_lt)  
und auf Instagram:  
[instagram.com/sachsen\\_landtag](https://www.instagram.com/sachsen_landtag)

## Plenarsitzungen des Sächsischen Landtags

Weitere Plenarsitzungen sind vorgesehen am:

05.07. – 06.07.2023  
20.09. – 21.09.2023  
08.11. – 09.11.2023  
13.12. – 14.12.2023

Der Sächsische Landtag überträgt die Plenarsitzungen live als Videostream mit Untertitelung auf [www.landtag.sachsen.de](http://www.landtag.sachsen.de).

Auch Tagesordnungen, Wortprotokolle und Videoaufzeichnungen finden Sie in unserem Internetauftritt.

Weiterhin werden die Aktuellen Debatten der Plenarsitzungen auch im Regionalfernsehen ausgestrahlt.

Im MDR-Radio werden die Landtagsdebatten zudem live und digital auf DAB+ auf dem Kanal MDR SACHSEN EXTRA übertragen.



## Weitere Informationen des Sächsischen Landtags

### Fraktionen

CDU  
Tel. 0351 493-5601  
AfD  
Tel. 0351 493-4201  
DIE LINKE  
Tel. 0351 493-5800  
BÜNDNISGRÜNE  
Tel. 0351 493-4800  
SPD  
Tel. 0351 493-5700

### Besucherdienst

Anmeldungen für Digital- und Präsenzfürungen sowie Planspiele nehmen wir unter Tel. 0351 493-5132 entgegen.

### Bürgerfoyer

Ausstellung »DAS PARLAMENT DER SACHSEN« sowie Wechselausstellungen:  
Mo. bis Fr. von 9 bis 18 Uhr

Kein Zugang für elektronisch signierte sowie verschlüsselte elektronische Dokumente.

Eine elektronische Version des Landtagskuriers finden Sie unter [www.landtag.sachsen.de/Aktuelles/Landtagskurier](http://www.landtag.sachsen.de/Aktuelles/Landtagskurier).

Diese Publikation wird vom Sächsischen Landtag im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Abgabe erfolgt kostenfrei.

### Publikationsbestellung und Leserbriefe

SÄCHSISCHER LANDTAG  
Stabsstelle Presse und Öffentlichkeitsarbeit,  
Protokoll, Besucherdienst  
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden  
Tel. 0351 493-5133, [publikation@slt.sachsen.de](mailto:publikation@slt.sachsen.de)  
[www.landtag.sachsen.de](http://www.landtag.sachsen.de)

Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Mandatsträgern oder Wahlbewerbern – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig, ebenso die entgeltliche Weitergabe der Publikation.

**Impressum** Herausgeber: Sächsischer Landtag – Verfassungsorgan des Freistaates Sachsen, Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden – Der Freistaat Sachsen wird in Angelegenheiten des Sächsischen Landtags durch dessen Präsidenten Dr. Matthias Röbner vertreten. | Redaktion: V. i. S. d. P.: Dr. Thomas Schubert, Sächsischer Landtag | Redakteur: Dr. Daniel Thieme, Sächsischer Landtag | Redaktionelle Mitarbeit: Anne-Marie Brade, Katja Ciesluk, Dirk Förster, Tina Kablau, Rüdiger Soster, Heiner Ridder, Janina Wackernagel (alle Sächsischer Landtag, Anschrift s. o.) | Textbearbeitung und Gestaltung: Ö GRAFIK, Tauscherstraße 44, 01277 Dresden | Druck und Vertrieb: SDV Direct World GmbH, Tharandter Straße 23 – 35, 01159 Dresden | Redaktionsschluss: 07.06.2023  
Gastautoren: Dr. Janosch Förster (TU Dresden)

Diese Veröffentlichung ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, auch die des Nachdruckes von Auszügen und der fotomechanischen Wiedergabe, sind dem Herausgeber vorbehalten. Die Beiträge der Gastautoren geben nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion wieder.

Das im Landtagskurier genutzte generische Maskulinum meint stets alle Menschen, unabhängig von ihrem Geschlecht. Die platzsparende Schreibweise dient ferner der besseren Lesbarkeit.



FSC  
MIX  
Papier  
FSC® C015385